

**HAUSHALTSSATZUNG**  
**der Stadt Hameln**  
**für das Haushaltsjahr 2017**

Aufgrund des § 112 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat der Stadt Hameln in der Sitzung am 15.03.2017 folgende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 beschlossen:

**§ 1**

(1) Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2017 wird

**1. im Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	125.007.100 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	129.941.170 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	5.088.000 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

**2. im Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	121.532.530 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	119.580.100 Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	9.179.220 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	21.038.630 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	18.390.260 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	12.327.360 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

•	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	149.102.010 Euro
•	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	152.946.090 Euro

(2) Der Wirtschaftsplan des Betriebshofs für das Haushaltsjahr 2017 wird

**1. im Ergebnishaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

1.1	der ordentlichen Erträge auf	7.897.500 Euro
1.2	der ordentlichen Aufwendungen auf	7.907.710 Euro
1.3	der außerordentlichen Erträge auf	0 Euro
1.4	der außerordentlichen Aufwendungen auf	0 Euro

**2. im Finanzhaushalt** mit dem jeweiligen Gesamtbetrag

2.1	der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	7.897.500 Euro
2.2	der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	7.314.240 Euro
2.3	der Einzahlungen für Investitionstätigkeit auf	0 Euro
2.4	der Auszahlungen für Investitionstätigkeit auf	1.396.800 Euro
2.5	der Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro
2.6	der Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit auf	0 Euro

festgesetzt.

Nachrichtlich: Gesamtbetrag

•	der Einzahlungen des Finanzhaushaltes	7.897.500 Euro
•	der Auszahlungen des Finanzhaushaltes	8.711.040 Euro

## § 2

(1) Der Gesamtbetrag der vorgesehenen **Kreditaufnahmen** für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird auf **11.859.410 Euro** festgesetzt.

(2) Im Wirtschaftsplan des Betriebshofs werden keine Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen veranschlagt.

## § 3

(1) Der Gesamtbetrag der **Verpflichtungsermächtigungen** wird auf **1.010.000 Euro** festgesetzt.

(2) Im Wirtschaftsplan des Betriebshofs werden keine Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

#### § 4

- (1) Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2017 **Liquiditätskredite** zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf **25.000.000 Euro** festgesetzt.
- (2) Im Wirtschaftsplan des Betriebshofes werden keine Liquiditätskredite festgesetzt.

#### § 5

Die **Steuersätze** (Hebesätze) für die Realsteuern werden für das Haushaltsjahr 2017 wie folgt festgesetzt:

1. Grundsteuer
  - a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) 490 v.H.
  - b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) 550 v.H.
2. Gewerbesteuer 455 v.H.

#### § 6

- (1) Für die Befugnis des Oberbürgermeisters, über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 Abs. 1 NKomVG sowie über- und außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen nach § 119 Abs. 5 NKomVG zuzustimmen, gelten Aufwendungen, Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen bis zur Höhe von 25.000 Euro im Einzelfall als unerheblich.  
Ferner sind Beträge in unbegrenzter Höhe als unerheblich anzusehen, die zwischen Teilhaushalten verschoben werden und der ursprüngliche Zweck der Mittelbereitstellung dabei unverändert bleibt, die der Verrechnung dienen, die wirtschaftlich durchlaufend sind, die der Rückzahlung von Zuweisungen dienen und die für Abschreibungen, für abschlusstechnische Buchungen, zur Leistung an den Betriebshof und die zur über- und außerplanmäßigen Tilgung von Darlehen notwendig sind.
- (2) Mehraufwendungen bei Internen Leistungsverrechnungen und zur Bilanzierung von Rückstellungen gelten als über- bzw. außerplanmäßig bewilligt.
- (3) Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen nach § 117 Abs. 1 NKomVG der rechtlich unselbständigen Stiftungen bis zur Höhe von 5.000 Euro im Einzelfall werden im Zuge der Jahresrechnung durch eine Rücklagenentnahme gedeckt. Unterjährige Mittelbereitstellungen sind nicht erforderlich.

Hameln, den 15.03.2017

  
Claudio Griese  
Oberbürgermeister



## **Bekanntmachung der Haushaltssatzung 2017 der Stadt Hameln**

Die vorstehende Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017 wird hiermit öffentlich bekannt gegeben.

Die nach den §§ 120 Abs. 2 und 122 Abs. 2 NKomVG erforderliche Genehmigung ist durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport mit Verfügung vom 06. Juli 2017, Az. 32.13-10302-252006 (2017), erteilt worden.

Der Haushaltsplan mit seinen Anlagen liegt gem. § 114 Abs. 2 Satz 3 NKomVG nach der Bekanntmachung an sieben Werktagen zur Einsicht im Rathaus, Zimmer 400, öffentlich aus.

Hameln, den 17.07.2017

STADT HAMELN  
Der Oberbürgermeister